

Aachener Zeitung

DIENSTAG, 20. APRIL 2010 · 65. JAHRGANG



IM DIALOG

Angela Merkel auf der Hannover Messe

► **Wirtschaft**



WÖRTER ÖFFNEN TÜREN

Wie sich eine Familie aus dem Irak in Aachen einlebt

► **Seite 7**



EINGESTELLT

Kein Kundus-Verfahren gegen Oberst Georg Klein

► **Seite 2**

Nummer 91

www.az-web.de

1,10 Euro

IM LOKALTEIL

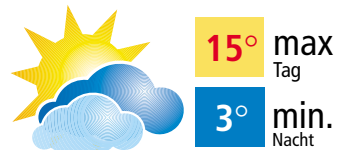
► Rettungsplan für sieben Grundschulen

Aachen. Für sieben anmelde-schwache Grundschulen beziehungsweise Teilstandorte von Grundschulen soll ein Runder Tisch die Weichen für die Zukunft stellen. An diesem Tisch wird auch die soziale Bedeutung für die jeweiligen Wohnviertel berücksichtigt.

► Mauer am Gleis wird zur Brücke

► Tonnenweise Hundekot jeden Tag

WETTER



► Wetterkarte Bunte Seite

TELEGRAMME

27-jähriger Eschweiler stirbt in Flammen

Eschweiler. Bei einem verheerenden Feuer im Eschweiler Stadtteil Fronhoven ist in der Nacht zum Montag ein Mann ums Leben gekommen, zwei weitere erlitten leichte Rauchvergiftungen. Notarzt und Feuerwehrleute versuchten noch, den 27-jährigen zurück ins Leben zu holen – vergeblich. Rund 100 Wehrleute kämpften gegen die Flammen. Das Opfer des Unglücks war bis vor kurzem selbst aktiver Feuerwehrmann. Die Brandursache ist nicht bekannt. (az)

Sexskandal: Ribéry unter Verdacht

Paris. In der Affäre um Kontakte französischer Fußball-Nationalspieler zu einer minderjährigen Prostituierten richtet sich der Verdacht gegen Bayern-Star Franck Ribéry. Von Seiten der Pariser Staatsanwaltschaft hieß es gestern, der Mittelfeldspieler habe Kontakte mit einer Prostituierten zugegeben. Diese sei zum fraglichen Zeitpunkt noch minderjährig gewesen. Der Spieler des FC Bayern München habe jedoch versichert, dies nicht gewusst zu haben. (afp) ► **Welt**

FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Lokales

KONTAKT

Aachener Zeitung
Postfach 500110, 52085 Aachen

Zeitungsverkauf/-zustellung:
Telefon: 0241/5101-701
Fax: 0241/5101-790

Anzeigen-Annahme:
Telefon: 0241/5101-700
Fax: 0241/5101-790

Redaktion:
Tel: 0241/5101-310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-360

Verlag:
Tel: 0241/5101-0 (Zentrale)

AZ im Internet:
www.az-web.de

Mussinghoff weist Vorwürfe zurück

Kindesmissbrauch: Vater des Opfers an Strafverfolgungsbehörde verwiesen

VON ROBERT ESSER

Aachen. Bischof Heinrich Mussinghoff hat gestern die Rücktrittsforderung der „Initiative gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch“ zurückgewiesen. Der Vorwurf, die Kirche sei trotz monatelanger Debatte über sexuellen Missbrauch ihren eigenen Versprechen nicht nachgekommen, sei im Fall des Pfarrers Georg K. unbegründet, erklärte das Generalvikariat in Aachen. Der Vorsitzende der bundes-

weiten Elterninitiative, Johannes Heibel, hatte Mussinghoff persönlich dafür verantwortlich gemacht, dass ein mutmaßliches Opfer des Geistlichen Georg K. nicht in angemessener Weise vom Personalreferenten der Diözese betreut worden sei. Da der Missbrauchsskandal „Chefsache“ sein müsste, sei es nicht hinnehmbar, dass sich das Bistum nicht nachhaltig um das Opfer bemüht habe – obwohl Georg K. im Ausland der Prozess gemacht wird.

Bistumssprecher Franz Kretschmann widersprach Heibels Darstellung: „In dem aufgegriffenen Fall hatte sich der Vater eines 19-jährigen Sohns mit der Bitte um Vertraulichkeit an das Bistum Aachen gewandt.“ Der Personalreferent habe den Vater nachdrücklich gebeten, seinen mittlerweile volljährigen Sohn zur Offenlegung des Missbrauchsverdachts zu bewegen – beim Missbrauchsbeauftragten oder bei den Strafverfolgungsbehörden. ► **Region**

Alemannia muss zittern

Politik will helfen, aber es laufen noch Prüfungen

Aachen. Die Bauchschmerzen bei den Politikern sind heftig. Die Alemannia muss noch bis morgen zittern, ob der Stadtrat eine „Patronatsklärung“ in Höhe von 5,5 Millionen Euro inklusive Drei-Millionen-Bürgschaft für dieses Jahr abgibt. Ohne sie wäre der Klub wohl nahezu pleite, die Lizenz fürs nächste Jahr gefährdet. Die Tendenz für eine Hilfe sieht positiv aus, aber gestern musste Alemannia noch Finanzierungsüberichten vorlegen, die nun von

Experten unter die Lupe genommen werden. Von dieser Prüfung machen SPD, Grüne, CDU und Linke ihr „Ja“ abhängig. Die FDP ist mehrheitlich für die Hilfe.

Seitens der Verwaltung wurde deutlich, dass die Hilfe nicht zwangsläufig zur Rettung führt, sondern dass sie „möglich“ werde. Vieles sei vom sportlichen Erfolg abhängig. Alemannia wird jedoch auch bei den Spielern sparen müssen. Ablösesummen für neue Kicker sollen zudem tabu sein. (stm)

Erste Maschinen sind gestartet

Die Verkehrsminister der EU einigen sich auf eine Lockerung der Sperrung des Luftraums. Die verschiedenen Zonen werden ständig aktualisiert.

VON DETLEF DREWES

Brüssel. „Ab Dienstagmorgen, acht Uhr, wird wieder geflogen.“ Mit dieser Mitteilung haben die Verkehrsminister der EU gestern Abend den Bann gebrochen. „Schrittweise“ werde der Flugverkehr wieder aufgenommen. „Wir setzen die Sicherheit der Passagiere und der Flugzeug-Besatzungen aber nicht aufs Spiel“, sagte Verkehrs-Kommissar Sim Kallas erkennbar erleichtert.

Der Durchbruch war durch die Experten von Eurocontrol ermöglicht worden. Sie hatten zuerst den Fachleuten aus den 27 Staaten und anschließend den Ministern ein Modell vorgelegt, wie man trotz weiterhin hoher Belastung durch Vulkanasche den Flugverkehr wieder ans Rollen bringt. Die Lösung heißt: Europa organisiert seinen Luftraum neu, nimmt vorerst Abschied von den starren Luftstraßen – und arbeitet endlich zusam-

men. Der Himmel über dem gesamten Kontinent wurde dazu in der Nacht zum Dienstag in drei Zonen aufgeteilt. In der Zone 1 herrscht weiter striktes Flugverbot, weil die Belastung durch die Aerosole in der Luft zu groß ist. Hier bleibt die Sperrung bestehen. In der zweiten Zone kann unter strengen Auflagen (beispielsweise bezüglich Höhe und Sicht) geflogen werden, die dritte gilt als nicht belastet. Schon in der vergangenen Nacht kamen die Vertreter der nationalen Behörden – aus der Bundesrepublik die Deutsche Flugsicherung – zusammen, um die einzelnen Bereiche festzulegen. Am Düsseldorfer Flughafen konnten so gestern Abend die ersten zehn Flugzeuge starten, auch in Frankfurt startete eine Maschine. Der Reiseveranstalter TUI wollte die ersten gestrandeten Urlauber zurückholen.

In den kommenden Tagen werden die Flugräume über Europa immer wieder variiert und der Lage angepasst. Kommissar Kallas gestand aber ein, dass der „positive Verlauf“ von fast 40 Testflügen verschiedener Airlines am Sonntag die Fachleute „umgestimmt“ habe. Hinter den Kulissen wird nach diesem Meinungsumschwung aber bereits die Frage diskutiert, ob die Sperrung des Luftraums nicht möglicherweise schon viel früher hätte aufgehoben werden können. „Die ersten Testflüge, die Information der Minister – all das braucht eben seine Zeit“, meinte der Kommissar. Zugleich räumte er aber ein, dass sich die vorliegenden Daten seit Freitag nicht entscheidend geändert (oder verbessert) hätten.

Thema des Tages

Die Wolke: Wohin die Vulkanasche zieht. ► **DIE SEITE DREI**

Verlierer: Die Folgen für die Wirtschaft. ► **WIRTSCHAFT**

Ab in den Bus: Viele Profisportler müssen umsteigen. Etwa die Fußballer von Olympique Lyon auf dem Weg nach Deutschland. ► **SPORT**

Das Forschungsflugzeug: Was es in der Luft gemessen hat. ► **BUNTE**

Die Schnellsten beim AZ-Netrace!



Fast 2300 Schüler von 82 Schulen aus der ganzen Region sind im vergangenen Herbst zum Netrace angetreten, der Internetrallye von AZ und NetAachen. Jetzt wurden auf der Siegerehrung im Wissenschaftspark Continuum Disco-

very World die Gewinner des Wettbewerbs bekanntgegeben: Das schnellste und schlaueste aller 317 gestarteten Teams heißt „Blue's Clues“ und kommt vom Gymnasium der Gemeinde Kreuzau. ► **VERNETZT**

Kassenärzte für mehr ambulante OP

Verband sieht Einsparpotenzial und fordert gleichzeitig höhere Vergütung

Berlin. Die Kassenärzte machen sich für ambulante Operationen stark. Mit mehr chirurgischen Eingriffen in der Arztpraxis statt im Krankenhaus ließe sich bei hoher Qualität im Gesundheitssystem jährlich bis zu einer halben Milliarde Euro einsparen, sagte der Vorstandsvorsitzende der Kassen-

ärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Köhler, gestern. Er sprach sich dafür aus, die Vergütungen der ambulanten Operateure anzuheben. Dafür müssten die Krankenkassen etwa 70 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr zur Verfügung stellen – was allerdings die potenziellen Ein-

spareffekte wieder reduzieren würde.

Aus Befragungen geht laut KBV hervor, dass 97,5 Prozent der Patienten den ambulanten Eingriff mit gut bis sehr gut beurteilten. Nur in 1,1 Prozent der Fälle war eine stationäre Nachbehandlung erforderlich. (dpa)

Union bremst FDP beim Thema Steuerentlastung aus

Kurz vor der Steuerschätzung ist zwischen den Koalitionspartnern neuer Streit entbrannt. CDU legt Priorität auf Kommunen.

VON CHRISTOPH SLANGEN

Berlin. Die Union hat es plötzlich überhaupt nicht mehr eilig: „Wir haben jetzt hinreichend Zeit, über einen Zeitraum von fast zwei Jahren genau zu überlegen, wie diese Steuerreform aussieht“, sagte Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) gestern. Da mag FDP-Generalsekretär Christian Lindner die CDU öffentlich noch so drängen, „jetzt Fahrt aufzunehmen“.

Kurz vor der Steuerschätzung ist neuer Streit um die Entlastungsversprechen der schwarz-gelben Koalition entbrannt. Klare Ent-

scheidungen über das Volumen hatten Kanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble stets mit Hinweis

auf den Termin der Steuerschätzung abgelehnt: Erst nach dem 6. Mai könne man die Spielräume für Steuersenkungen genau. Vorab

Schulden in Höhe von 1,762 Billionen Euro

Die deutschen Staatsschulden sind laut Deutscher Bundesbank zum Jahresende 2009 auf 1,762 Billionen Euro geklettert. Die Schuldenlast stieg von 65,9 Prozent im Vorjahr auf das Rekordniveau von 73,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Erlaubt sind laut EU-Regeln 60 Prozent.

Ein Hauptgrund für die starke Schuldenzunahme um 116 Milliarden Euro sind laut Deutscher Bundesbank die Stützungsmaßnahmen der Regierung für die Bankenbranche infolge der Finanzkrise. Allein hierauf seien fast 40 Prozent des Schuldenzuwachses zurückzuführen, hieß es. (dpa)

kursierten erste Einschätzungen aus dem Kreis der Steuerschätzer, Tenor: Es wird voraussichtlich keine großen Veränderungen gegenüber der Prognose vom November geben. Steuereinnahmen von 215 Milliarden Euro in diesem, 220 im nächsten Jahr, seien zu erwarten. Ökonomen hatten ohnehin stets darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse der Steuerschätzung von untergeordneter Bedeutung für die Entlastungsspielräume seien. Eine Steuerreform könne nicht auf konjunkturbedingte Mehreinnahmen gegründet werden, lautet ihr Argument.

Zwar hatten die Liberalen zuletzt ihre Entlastungsforderungen auf 16 Milliarden Euro heruntergeschraubt, doch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bleibt skeptisch. Für ihn hat die Entlastung der Kommunen Priorität. Dann soll aber aus Sicht der FDP wenigstens das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, das Steuersystem einfacher und gerechter zu machen, ganz schnell umgesetzt werden. Noch 2011 könnten widersinnige Bestimmungen aufgehoben und viele Ausnahmen durch Pauschalen ersetzt werden, fordert die FDP.

